

# Rechtsinformationsdienst

Anwaltspraxis & Notariat



Erxleben†, Landgraf,  
Michalski, Ohaus, Lindemann



Niedersachsenstr. 15 a, 49074 Osnabrück  
Telefon: 0541 / 35791-0 - Telefax: 0541 / 3579128

Ausgabe: gewerbliche Mandanten

Oktober 2018

## Online- und Medienrecht

### Unzulässige Verwendung einer Container-Signatur

Hat ein Prozessbeteiligter bei der Übermittlung eines Schriftsatzes unter Nutzung des elektronischen Rechtsverkehrs über das elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) eine seit dem 1. Januar 2018 unzulässige Container-Signatur verwendet, ist das Gericht aufgrund seiner prozessualen Fürsorgepflicht verpflichtet, ihn unverzüglich auf die fehlerhafte Signatur hinzuweisen, damit er den Mangel noch fristwährend beheben kann.

Beschluss des BSG vom 09.05.2018  
B 12 KR 26/18 B - jurisPR-ITR 17/2018 Anm. 3

### Onlinehändler muss Zahlung jeder EU-Bank akzeptieren

Der Betreiber eines Onlineshops darf Zahlungen von Konten im EU-Ausland nicht ablehnen. Eine in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthaltene Klausel, wonach es Kunden, die ihren Wohnsitz in Deutschland haben, nicht möglich sein soll, Zahlungen von einem ausländischen Konto vorzunehmen, verstößt gegen zwingendes EU-Recht. In dem vom Oberlandesgericht Karlsruhe entschiedenen Fall wollte ein in Deutschland ansässiger Kunde die bestellte Ware über eine luxemburgische Bank überweisen. Das Gericht hielt die Ablehnung der Überweisung für wettbewerbswidrig.

Urteil des OLG Karlsruhe vom 20.04.2018  
4 U 120/17 - ZIP 2018, 1171

### Facebook darf Hasskommentare löschen und Nutzeraccount sperren

Nach einem Urteil des Landgerichts Heidelberg ist der Betreiber von Facebook berechtigt, Hassreden, die andere Personen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der Herkunft oder der religiösen Zugehörigkeit angreifen, zu löschen und den Account des Verfassers zu sperren. In dem entschiedenen Fall hatte der Accountinhaber einen Beitrag zum Thema Integration mit den

folgenden Worten kommentiert: "Respekt! Das ist das Schlüsselwort! Für fundamentalistische Muslime sind wir verweichlichte Ungläubige, Schweinefresser und unsere Frauen sind Huren. Sie bringen uns keinen Respekt entgegen."

Urteil des LG Heidelberg vom 28.08.2018  
1 O 71/18 - JURIS online

### Information von Werbeadressaten über das Verbot einer bisher verwendeten Werbeaussage

Der Schuldner eines auf das Verbot einer im Internet verbreiteten Werbeaussage gerichteten Unterlassungstitels ist über die Entfernung der Aussage in seinem Werbeauftritt hinaus gehalten, die Werbeadressaten über das ergangene Verbot zu informieren, wenn nach den Gesamtumständen davon ausgegangen werden kann, dass die Aussage auch nach der Entfernung aus dem Werbeauftritt im Gedächtnis Dritter "geistig fortlebt". Dies ist nach Auffassung des Oberlandesgerichts Frankfurt etwa dann der Fall, wenn die Werbeaussage über längere Zeit verwendet wurde und ein zentrales Verkaufsargument für das beworbene Produkt war.

Beschluss des OLG Frankfurt vom 01.08.2018  
6 W 53/18 - JurPC Web-Dok. 114/2018

### Unzulässige Veröffentlichung bei anderer Zeitung

Das Arbeitsgericht Düsseldorf hat eine Klausel in einem Arbeitsvertrag, die einen angestellten Redakteur (hier der "Wirtschaftswoche") verpflichtet, vor Ausübung einer Nebentätigkeit die Genehmigung des Arbeitgebers einzuholen, für wirksam erklärt. Veröffentlicht der Mitarbeiter ohne vorherige Genehmigung einen Artikel bei einer Tageszeitung, rechtfertigt dies den Ausspruch einer Abmahnung.

Urteil des ArbG Düsseldorf vom 24.08.2018  
4 Ca 3038/18 - Pressemitteilung des ArbG Düsseldorf

---

## Wirtschaftsrecht

### **Beschränkte Sondernutzungserlaubnis für Altkleidersammelcontainer**

Zur Vermeidung einer "Übermöblierung" des öffentlichen Straßenraums ist eine Kommune berechtigt, die Anzahl von Aufstellungsorten für Altkleidersammelcontainer in ihrem Gemeindegebiet zu begrenzen.

Die Entscheidung über eine straßenrechtliche Sondernutzungserlaubnis muss sich an Gründen orientieren, die einen sachlichen Bezug zur Straße haben. Dazu zählen neben der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auch Belange des Straßen- und Ortsbildes.

Urteil des VG Mainz vom 20.06.2018  
3 K 907/17.MZ  
Pressemitteilung des VG Mainz

### **Keine Amtspflichtverletzung durch Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung**

Für das Oberlandesgericht Frankfurt stellen weder die Einleitung noch die Fortführung eines Ermittlungsverfahrens (hier wegen Steuerhinterziehung) Amtspflichtverletzungen des zuständigen Staatsanwalts dar.

Staatsanwaltliche Ermittlungsmaßnahmen sind rechtmäßig, wenn sie "vertretbar" erscheinen. Daher steht dem Beschuldigten (hier dem ehemaligen Präsidenten eines Sportverbandes) auch bei einem späteren Freispruch kein Schmerzensgeldanspruch zu.

Urteil des OLG Frankfurt vom 08.02.2018  
1 U 112/17  
PStR 2018, 134

### **Haftung des Ladeninhabers für herabfallenden Spiegel**

Das Landgericht Koblenz hat entschieden, dass der Inhaber eines Schuhgeschäfts haftet, wenn einem Kleinkind ein Spiegel, den eine Fachfirma ohne eine fachgerechte Aushebesicherung montiert hat, auf den Fuß fällt und sich das Kind dadurch eine blutende Risswunde zuzieht. Das Gericht verurteilte den Inhaber des Schuhgeschäfts zur Zahlung eines Schmerzensgeldes in Höhe von 1.000 Euro.

Urteil des LG Koblenz vom 16.05.2018  
13 S 10/18  
Pressemitteilung des LG Koblenz

### **Kuhlenbildung bei Boxspringdoppelbett durch mittiges Schlafen**

Der Käufer eines Boxspringbettes, der das Bett allein nutzt und immer in der Mitte des Bettes schläft, kann keine Rückabwicklung des Kaufvertrages verlangen, wenn sich nach nicht einmal zweijähriger Nutzung eine Kuhle in der Mitte des Bettes gebildet hat. Das Landgericht Koblenz begründete seine Entscheidung damit, dass es nicht der üblichen Beschaffenheit eines Doppelbettes entspricht, dass der Übergangsbereich zwischen den beiden Liegeflächen zum Schlafen genutzt werden kann. Dies war für den Käufer auch erkennbar, da das erworbene Boxspringbett aus einem Untergestell mit zwei Matratzen bestand.

Urteil des LG Koblenz vom 17.08.2018  
6 S 92/18  
Pressemitteilung des LG Koblenz

---

## Transportrecht

### **Weisung an Spediteur zur Vermeidung eines Diebstahls des Transportguts**

Weist der Auftraggeber eines Lkw-Transports nicht darauf hin, dass der Frachtführer nur bewachte Parkplätze anfahren darf, handelt es sich bei der Aufnahme einer solchen Verpflichtung in die Allgemeinen Geschäftsbedingungen um eine überraschende Klausel, die nach § 305c Abs. 1 BGB unwirksam ist.

Kann der Fahrer der beauftragten Spedition aus den Transportunterlagen nicht erkennen, welches Gut er transportiert und fährt er auf einer italienischen Autobahn einen Parkplatz auf einer Rastanlage an, die auch nachts durchgehend in Betrieb ist, und parkt dabei in einem Bereich, in dem mehrere andere Lkws nebeneinander abgestellt sind, liegt kein leichtfertiges Verhalten vor, wenn während der Nachtruhe des Fahrers die Plane des Lkws aufgeschlitzt und ein Teil der Ladung gestohlen wird.

Urteil des OLG München vom 26.10.2017  
23 U 1699/17  
TranspR 2018, 56

### **"Sprachauflage" für Genehmigung von Großtransporten in Deutschland**

Die für Ausnahmegenehmigungen zur Beförderung von Ladungen mit Überbreite, Überhöhe und Überlänge auf Autobahnen und Kraftfahrstraßen zuständige Behörde darf die Genehmigung mit der Auflage erteilen, dass während eines Großraumtransports in Deutschland stets eine sachkundige Person anwesend sein muss, die der deutschen Sprache mächtig ist.

Durch eine solche übermäßige Straßenbenutzung darf die Verkehrssicherheit nicht gefährdet werden; eine Verkehrsbehinderung oder gar Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer muss weitgehend ausgeschlossen werden können. Dies setzt aber voraus, dass auch in unvorhergesehenen kritischen Situationen, wie beispielsweise bei Umleitungen, schwierigen Wetterverhältnissen oder Unfällen, eine Kommunikation der Polizei oder anderer Einsatzkräfte mit dem Fahrer (oder Beifahrer) möglich ist.

Urteil des VGH Baden-Württemberg vom 15.05.2018  
10 S 1801/17 - NJW 2018, 2508

---

## Wettbewerbsrecht

### Irreführende Mitnahme von "Likes" in anderes Franchisesystem

Die Anzahl von sogenannten Likes in sozialen Netzwerken kann durchaus einen messbaren Marketingwert haben. Bei der Erhöhung der entsprechenden Zahlen werden bisweilen auch unlautere Methoden benutzt.

So hält das Oberlandesgericht Frankfurt beim Wechsel eines Restaurants von einem bestimmten gastronomischen Franchisesystem zu einem anderen ähnlichen System die Weiterverwendung von Bewertungen und "Likes", die das Restaurant während der Zugehörigkeit zu dem ersten System erhalten hat, für irreführend und damit unzulässig.

Urteil des OLG Frankfurt vom 14.06.2018  
6 U 23/17 - WRP 2018, 1107

### "Deutscher Balsamico" auf dem Prüfstand

Der Bundesgerichtshof hat dem Gerichtshof der europäischen Union die entscheidungserhebliche Frage vorgelegt, ob nach EU-Recht eine Verletzung der geschützten Ursprungsbezeichnung und der geschützten geografischen Angaben (hier Gesamtbezeichnung "Aceto Balsamico di Modena") bereits dann vorliegen kann, wenn nur Bestandteile der Gesamtbezeichnung (hier "Aceto" oder "Balsamico" oder "Aceto Balsamico") verwendet werden.

Beschluss des BGH vom 12.04.2018  
I ZR 253/16 - WRP 2018, 947

### Onlineshop muss gebrauchte Smartphones in der Werbung eindeutig kennzeichnen

Ein Onlinehändler muss bei der Werbung für gebrauchte Smartphones eindeutig darauf hinweisen, dass die Geräte nicht neu sind. Das Landgericht München hält den Zusatz "Refurbished Certificate" in der Produktinformation nicht für ausreichend, da der durchschnittliche

Verbraucher mit dem englischen Begriff "refurbished" nicht vertraut ist und sich selbst bei einer wörtlichen Übersetzung ("wiederaufbereitetes Zertifikat") darunter nichts vorstellen kann.

Urteil des LG München I vom 30.07.2018  
33 O 12885/17 - JURIS online

### Otto-Versand scheitert gegen "Otto's Burger"

Der Versandhandelskonzern Otto scheiterte mit seiner Unterlassungsklage gegen eine Burger-Braterei mit dem Namen "Otto's Burger" wegen einer Markenverletzung. Für das Landgericht Hamburg besteht keine Verwechslungsgefahr hinsichtlich Geschäftsaktivitäten der beiden Unternehmen.

Urteil des LG Hamburg vom 10.07.2018  
406 HKO 27/18  
Wirtschaftsrecht Heft 29/2018, Seite 88

### Namensangabe bei Werbeanruf

Ruft der Unternehmer oder eine Person, die in seinem Namen oder Auftrag handelt, einen Verbraucher an, um mit diesem einen Vertrag zu schließen, hat der Anrufer zu Beginn des Gesprächs seine Identität und gegebenenfalls die Identität des Unternehmens, für das er anruft, sowie den geschäftlichen Zweck des Anrufs offenzulegen. Dies ist in § 312a Abs. 1 BGB geregelt.

Bei einer telefonischen Kontaktaufnahme mit dem Verbraucher müssen nur die Identität des Unternehmens sowie der geschäftliche Zweck offengelegt werden, nicht aber die Identität des anrufenden Mitarbeiters.

Urteil des BGH vom 19.04.2018  
I ZR 244/16  
BB 2018, 1666

---

## Baurecht

### Architektenwechsel: Prüfpflicht des Nachfolgers

Findet bei einem Bauvorhaben ein Wechsel des Architekten in der Leistungsphase 3 statt, gehört es nicht zu den Aufgaben des Nachplaners, die getroffene Systemsentscheidung seines Vorgängers infrage zu stellen und die Planung erneut vorzunehmen. Sofern keine entsprechenden Anhaltspunkte vorliegen, muss der nachfolgend beauftragte Architekt die Vorplanung nicht von sich aus auf ihre Richtigkeit überprüfen.

Urteil des OLG Hamm vom 31.01.2018  
12 U 23/17 - BauR 2018, 1457

### Handwerkervergütung ohne Leistungserfolg

Wird der geschuldete Werkerfolg bereits vor Abnahme der Leistung wegen unzutreffender Informationen über die Gegebenheiten des Bauobjektes unmöglich, so

kann der Auftragnehmer das Entgelt für die erbrachte Teilleistung verlangen, wenn der Auftraggeber die ihm obliegende Pflicht, über maßgebliche Eigenschaften des Objekts zutreffend aufzuklären, objektiv nicht erfüllt und diese Pflichtverletzung zu vertreten hat.

Zwar steht dem Unternehmer ein Vergütungsanspruch nach § 631 BGB nicht zu, wenn der geschuldete Erfolg nicht erreicht wird. Der Anspruch des Auftragnehmers auf Vergütung der bis dahin erbrachten Leistung kann jedoch auf § 645 BGB gestützt werden, wenn die Verantwortlichkeit dafür, dass die geschuldete Werkleistung undurchführbar war, in der Risikosphäre des Bestellers des Werkes liegt.

Urteil des OLG Oldenburg vom 06.03.2018  
12 U 38/17  
IBR 2018, 309

---

## Arbeits- und Sozialrecht

### Betriebsratsanhörung bei Probezeitkündigung aufgrund persönlichen Werturteils

Der Arbeitgeber ist auch bei einer Kündigung während der Probezeit verpflichtet, den im Betrieb bestehenden Betriebsrat gemäß § 102 Abs. 1 BetrVG anzuhören und diesem die Kündigungsgründe mitzuteilen. Beruht die Probezeitkündigung auf personenbezogenen Werturteilen, reicht es für das Landesarbeitsgericht Rostock aus, wenn der Arbeitgeber im Rahmen der Betriebsratsanhörung allein das maßgebende Werturteil mitteilt, ohne dies näher zu substantiieren oder zu begründen. Bei der Anhörung des Betriebsrats sollte der Arbeitgeber jedoch deutlich machen, wenn er seine Kündigungsabsicht nur auf ein persönliches Werturteil stützt. Ansonsten riskiert er, dass sich die Kündigung wegen unzureichender Betriebsratsanhörung als unrechtmäßig erweist.

Urteil des LAG Rostock vom 14.03.2018  
3 Sa 196/17 - AuA 2018, 434

### Urlaub unter Genehmigungsvorbehalt

Das Arbeitsgericht Chemnitz hat eine in einem Formulararbeitsvertrag enthaltene Regelung, wonach die Urlaubserteilung bis eine Woche vor Urlaubsantritt unter dem Genehmigungsvorbehalt des Arbeitgebers steht, wegen unangemessener Benachteiligung des Arbeitnehmers für unwirksam erklärt. Eine derart übermäßige und einseitige Berücksichtigung betrieblicher Belange,

die dem Arbeitnehmer praktisch jegliche Planungssicherheit bezüglich seines - möglicherweise schon geraume Zeit vorher gebuchten und in die Urlaubsliste eingetragenen - Urlaubs nimmt, ist unzulässig.

Urteil des ArbG Chemnitz vom 29.01.2018  
11 Ca 1751/17 - BB 2018, 563

### Sozialversicherungspflicht bei Geschäftsführer mit Minderheitsbeteiligung

Ein Geschäftsführer ohne Kapitalbeteiligung (sogenannter Fremdgeschäftsführer) ist ausnahmslos abhängig beschäftigt und damit sozialversicherungspflichtig. Bei selbstständig tätigen Gesellschafter-Geschäftsführern entfällt die Sozialversicherungspflicht nur dann, wenn sie über eine Mindestkapitalbeteiligung von 50 Prozent oder eine "echte" Sperrminorität verfügen.

Demzufolge ging das Bundessozialgericht bei einem Geschäftsführer, der zusammen mit seinem Bruder Gesellschafter einer GmbH ist, aber nur 12 Prozent der Anteile hält, von einer abhängigen und damit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aus.

Urteil des BSG vom 14.03.2018  
B 12 R 5/16 - StuB 2018, 308

---

## Steuerrecht

### Keine Lohnsteuerpauschalierung im Fall der Gehaltsumwandlung (Fahrtkostenzuschuss)

Nach einem Urteil des Finanzgerichts Düsseldorf ist eine pauschale Lohnversteuerung von Zuschüssen des Arbeitgebers zu Fahrtkosten und Aufwendungen des Arbeitnehmers für die Internetnutzung nur zulässig, wenn diese Leistungen zusätzlich zum ursprünglich vereinbarten Bruttolohn erbracht werden und nicht bloß eine Gehaltsumwandlung vorliegt, indem der Bruttoarbeitslohn jeweils um den Zuschussbetrag reduziert wird. Auf die Freiwilligkeit der Leistung kommt es nicht entscheidend an.

Urteil des FG Düsseldorf vom 24.05.2018  
11 K 3448/15 H (L) - AuA 2018, 541

### Vorsteuerabzug bei Auflösung eines langfristigen Pachtvertrags gegen Entschädigung

Einigen sich die Parteien eines langfristigen, umsatzsteuerpflichtigen Pachtvertrags auf eine vorzeitige Auflösung des Vertragsverhältnisses, so kann der Verpächter für die an den Pächter hierfür gezahlte Entschädigung den Vorsteuerabzug geltend machen.

Dies gilt jedenfalls dann, wenn eine beabsichtigte (steuerfreie) Grundstücksveräußerung noch nicht festgestellt werden kann.

Urteil des BFH vom 13.12.2017  
XI R 3/16  
DStR 2018, 860

---

## Mietrecht

### Schadensersatz wegen Obhutverletzungen ohne vorherige Fristsetzung

Seit der Schuldrechtsreform ist unter Juristen umstritten, ob der Vermieter bei Beschädigungen der Mietsache, die der Mieter durch eine Obhutverletzung schuldhaft verursacht hat, Schadensersatz unmittelbar nach § 280 Abs. 1 BGB ohne eine Fristsetzung verlangen kann oder ob es sich in diesem Fall um einen Anspruch aus § 281 Abs. 1 BGB handelt mit der Folge, dass der Vermieter dem Mieter zunächst eine angemessene Frist zur Nacherfüllung setzen muss.

Der Bundesgerichtshof hat die Streitfrage nun dahingehend entschieden, dass durch den Mieter an Gewerberäumen schuldhaft verursachte Schäden an der Sachsubstanz auch nach Beendigung des Mietverhältnisses vom Vermieter ersetzt verlangt werden können, ohne dass es einer vorherigen Fristsetzung bedarf.

Urteil des BGH vom 27.06.2018  
XII ZR 79/17 - NZM 2018, 717